

# Dresdner Nachrichten

Photographische Apparate für Amateure.  
Preislisten gratis und franco.  
**Carl Plaul,**  
Dresden, Wallstrasse 12.

**Prüfsteine**  
zu sofortiger Erkennung falscher Gold- und Silbermünzen etc. Stück 2 Mk. Allein zu haben bei  
**G. H. Rehfeld & Sohn, Dresden.**

**Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,**  
hält sein grösstes Lager der besten  
**Uniform-, Livré-, Wagen- u. Billard-Tuche**  
in nur echten Farben angelegentlich empfohlen.

**Carl Tiedemann, Hoflieferant**  
Altstadt Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.  
Neustadt Heinrichstrasse, „Stadt Götter“.

**Erste und grösste Masken- u. Theatergarderobe**  
**Max Jacobi, 2 Galleriestrasse 2,**  
part. und erste Etage.  
Dominos in vorzögl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telefon 393.

**Ferd. Gerlach Nachf.**  
35. Jahrgang.  
Aufl. 48,500 Stück.

**Weinhandlung mit Probierstuben.**  
Ausführliche Preislisten versende frei. Gewähr für reine Naturweine.

**4 Moritzstrasse 4**  
(Fernsprechstelle 321).

**Mr. 26. Spiegel:** Ablehnung des Sozialistengesetzes, Reichstagsabschluss, Sonntagsblätter, Landtagsnachrichten, Kammerveränderungen, Gerichts-Verhandlungen, Tagesgeschichte, Neussource-Concert, Tonkünstlerverein, Concert Soubret.

**Die letzte Reichstags-Sitzung!** Und in sie fiel die Entscheidung über die wichtigste Vorlage, die dem Reichstage unterbreitet worden war! Sie betraf die Angelegenheit, unter welcher der Reichstag und die Allgemeinheit bis zuletzt gestanden. Fürst Bismarck erschien auch in der letzten Reichstags-Sitzung nicht. Das Stück Hamlet ging also ohne den Dänenprinzen vor sich. Hätte er im Reichstage das Wort ergriffen, so hätte er sich in der Doubtsache an die Nationalen wenden müssen, um sie zu bewegen, entgegen ihrer bisherigen Abstimmung die Ausweitungsbefugnis wieder in das Sozialistengesetz aufzunehmen. Das konnte er dieser Partei nicht zumuthen. Sondern wurde auch in der 3. Lesung die Ausweitungsbefugnis gestrichen. Hätte die Regierung erklärt, daß sie das Sozialistengesetz auch ohne die Ausweitungsbefugnis annehmen würde, so hätten auch die Konservativen nicht auf dieser Vollmacht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestanden. Eine solche Erklärung unterließ aber. Infolgedessen kam es zu einer überaus wichtigen Abstimmung: das Sozialistengesetz wurde mit 169 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Die Extreme berückten sich auch hier. Gemeinsam stimmte die äußerste Rechte und die äußerste Linke gegen das Gesetz, natürlich aus den entgegengesetzten Gründen: Die Sozialdemokraten und die Freisinnigen, weil sie überhaupt gar kein Sozialistengesetz wollten, sowie das Centrum, weil ihm Dasjenige, was beschlossen worden war, zu weit ging - hinwiederum die Konservativen, weil ihnen das Gesetz nicht schmecken war. Die Wähler der Strengkonservativen hatten die Ablehnung des „bestimmten“ Gesetzes empfohlen. Ein Sozialistengesetz ohne die Vollmacht der Ausweitung werde nicht viel nützen. In der Widerrede blieben gegen die vereinigten Gegner von links und rechts die gemäßigten Mittelparteien, also die Nationalen und die Reichspartei. Sie glaubten, daß das Gesetz auch mit den Einschränkungen, die die Regierung selbst beantragt und denen der Reichstag nach dem Wegfall der Ausweitung hinzugefügt hatte, noch genug wirksame Handhaben zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen von Sozialdemokraten und Anarchisten biete. Aber sie drangen mit dieser Ansicht nicht durch, und die Folge war die Verwerfung des Gesetzes.

Was nun? Die Vorlage des Bundesrats, welche das jetzige Sozialistengesetz mildern wollte, ist gefallen; daher bleibt das alte zunächst noch in Kraft. Es läuft am 2. September d. J. ab. Bis dahin kann der Bundesrat ein neues Sozialistengesetz ausarbeiten. Sein Inhalt wird von dem Auslaß der Reichstagswahlen beeinflusst sein. Die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm am 6. Uhr den Reichstag schloß, enthielt sich jeder Andeutung über die nächste Entwicklung und die Absichten der Regierung. Die vorletzte Reichstags-Sitzung hatte mit den noch unerledigten Arbeiten aufgeräumt. Der Haushalt des Reichstags wurde in dritter Lesung genehmigt. Derselbe stimmte das ganze Haus, einschließlich der Reichstagswahlen, jedoch ausschließlich der Sozialdemokraten. Letzteres bedeutet die Steuervermehrung. Das würde u. A. dazu führen, daß kein Beamter des Reichs, und wäre es der bestbezahlte Postbeamte, im nächsten Jahre einen Penny Gehalt bekäme. Sodann sprach sich der Reichstag nochmals für den Arbeiterschutz aus. Mit voller Einstimmigkeit und was noch mehr logen will, Einstimmigkeit forderte die Volkvertretung, der Bundesrat solle dem nächsten Reichstag eine Abänderung der Gewerbeordnung vorlegen, welche die bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung weiter und wirksamer in Ansehung der Sonntags-, der Frauen- und der Kinderarbeit ausbildet. Die Sozialdemokraten enthielten sich dabei, außerdem noch die Einführung eines Normalarbeitstages zu fordern. Angesichts der außerhalb des Reichstags von ihnen in's Werk gesetzten Agitation für den 8-Stunden-Arbeitstag ist jener Bericht auch nur auf den Versuch, die Volkvertretung dafür zu gewinnen, ausfällig. Doch hievon abgesehen: wird nun die Regierung diesem einwilligen Aufreiß der Volkvertretung nach Weiterbildung des Arbeiterschutzes endlich Folge geben? Nichts scheint geeigneter, die Macht der Sozialdemokratie über die Arbeitermassen zu brechen, als wenn der Staat durch eine wirksame Schutz-Gesetzgebung die Schonung der Arbeitskraft des Arbeiters sichert, damit seinen ganzen Lebensunterhalt auf eine höhere Stufe bringt und ihm einen reicheren Anteil an den Lebensgütern gewährleistet. Hunderttausenden von gutgesunden, d. h. von gescheitem Sinne erfüllten Arbeitern würde es dann nicht einfallen, Sozialdemokraten zu sein. Wenn in irgend einem Staate der Welt, so hat im Deutschen Reiche das Königtum die Macht, in diesem Staate die Führung in die Hand zu nehmen. Sein sozialer Beruf weist das deutsche Königtum darauf hin, zeitgemäße Reformen wirkungskräftig herbeizuführen. Und Kaiser Wilhelm, der sich mit Stolz „einen Sohn seiner Zeit“ nannte, hat sich in diesem sozialer Beruf des Königtums durch Wort und That bekannt. Seinem edlen Willen, seiner klugen Einsicht, wie keinem starken Arme darf das Volk fremdlich vertrauen!

Nachdem die rheinisch-westfälischen Grundbesitzer die neuerlichen Forderungen eines Teils ihrer Verleute abgelehnt haben, ist jetzt die Reihe an letzteren, sich zu entscheiden. Die Grundbesitzer erkennen selbst an, daß bei andauernden und steigenden Erträgen des Kohlenergebens sich auch die Löhne allmählich weiter erhöhen müssen, wenn sie schon, und zwar in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, eine sofortige Erhöhung um 50 Proz. für unannehmbar erklären. Es kommt nun Alles darauf an, daß die Verleute ihre Verleute durch Thatfachen auch von ihrem guten Willen, die Löhne zu erhöhen, überzeugen. Sie

erklären ja selbst, daß in dem Streben, das Wohl der Verleute zu fördern, kein Stillstand eintreten darf. Auch in Weisungen zeigt sich hier wieder, daß es an einer geordneten Verteilung der Verdienste fehlt. Mit freigelegten Ausblicken der Gelegenheitslöhne stehen sich alle solche Streitigkeiten in Frieden schlichtend. Werden nun die Verleute die Ablehnung ihrer jetzigen Forderungen sofort mit einem Streik beantworten? Wir glauben, sie werden sich hüten! Im Interesse der Sozialdemokraten liegt es, große Streiks bis zur Verdrängung der Reichstagswahlen zu vermeiden, und da sie ihre Hand offenbar in der westfälischen Bergarbeiterbewegung haben, so wird auch dort vor der Hand ein Streik unterbleiben. Angegebene Streiks würden die Stimmung der bürgerlichen Klassen bei den Wahlen sehr stark beeinflussen. Sind erst die Wahlen vorüber, dann werden schon bei Zeiten die ja längst für dieses Frühjahr angehängelten großen Arbeitseinstellungen in's Werk gesetzt werden.

**Reichstags- und Reichspräsidenten-Berichte vom 25. Januar.**  
Berlin. Reichstag. Das Haus hat das Andenken des verstorbenen Bismarck (Uz.) durch Erheben von den Säulen. Dann wird in die 3. Beratung des Sozialistengesetzes eingetreten. Abg. Webel: Seine Freunde hätten vorausgesehen, daß das Gesetz schließlich zu einem dauernden gemacht werden würde. Darüber, daß die Sozialdemokratie im freien Wahlen begünstigt sei, könne man sich nicht täuschen. v. Helldorf habe die sozialdemokratische Agitation mit einem Vorläufer verglichen, der sich unauflöslich vermehre, wo er seinen Nährboden finde. Aber wenn man diesen Nährboden beseitigen wolle, so müsse man die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung umgestalten. Die Sozialdemokratie gleiche der Vernichtungsschlange, welche man über einen Kopf ab, so erwachsen neue Köpfe; werde man einen Kapitator in's Gefängnis, so erwachsen zehn neue. Was an dem Sozialistengesetz geändert werde, seiner Natur nach bleibe es dasselbe. Die Handhabung des Gesetzes sei in verschiedenen Perioden eine verschiedene gewesen; das beweise, daß es jede Willkür zulasse, und so sei im Jahre ein Gefühl der Unsicherheit entstanden. Die Revolutionäre neigten mehr und mehr zu; dem großstädtischen Betrieb gegenüber seien alle Anwesenheitsbestrebungen ein Schlag in's Wasser, die Bestrebungen näherten dem Bauerstande nicht, sondern schädigten denselben. Die Arbeiter hätten angesichts der heutigen bürgerlichen Gesellschaft das Recht, sich international zu verbinden. Wären nicht ausländische Arbeiter betragsgenossen? Sei das Kapital nicht international? Wäre der Handel nicht international betrieben? Webel kritisiert dann die noch verbleibenden Bestimmungen des Gesetzes unter Hinweis auf die bisherige Handhabung derselben. Wegen des Verbot von Versammlungen bestünde ein Verbot der Arbeit, aber eine Verlesung der Verlesung des Verbots sei ausgeschlossen, weil dasselbe nicht begründet zu werden brauche. Die Einschränkung des Vereinsrechtes habe die Geheimbünde hervorgerufen. Seit 1882 hätten nur in Folge dessen zahlreiche Geheimbünde, die 1885 auf 108 stiegen. Der Oberbürgermeister von Dresden sei an die wichtigsten Grundgesetze angeknüpft worden; das Spielrecht habe dabei eine große Rolle gespielt. Es scheine für die nächste Wahl die Wahlparole sein zu sollen, daß Sozialdemokratie und Anarchismus eins seien. Weder gegen zwei einander und wenn der Anarchismus in Deutschland keine Ausbreitung gewonnen, so sei das der Sozialdemokratie zu danken. Daß der Anarchismus in Deutschland überhaupt ausbleibe, sei das Verdienst der Königl. preuß. Polizei, welche die Anarchisten nicht in ihre Dienste nahm. Der Ausweitungsvorschlag habe am meisten zur Ausbreitung der Sozialdemokratie beigetragen. Die Ausgewählten seien als die bescheidensten Lehrer der Sozialdemokratie angetreten und überall als Märtyrer begrüßt worden. Die „ausgehenden“ Debatten, die man dadurch vermeiden wolle, daß man das Gesetz zu einem dauernden mache, würden widerstreben, denn keine Partei werde in jeder Session die Aufhebung des Gesetzes beantragen. Abg. Weiser: Minister des Innern: Die Behauptung, daß das Sozialistengesetz ein Geheimbündel sei und die preussische Polizei den Anarchismus geschaffen habe, ist ebensoviel werth als die Behauptung, daß die Reichspartei die Folge des Eigentums, folglich hierin man letzteres nicht schuldigen. Die sozialdemokratischen Bestrebungen werde nichts in den Weg gelegt, insofern sie nicht den öffentlichen Frieden stören. Dem Oberbürgermeister von Dresden sei an die wichtigsten Grundgesetze angeknüpft worden; das Spielrecht habe dabei eine große Rolle gespielt. Es scheine für die nächste Wahl die Wahlparole sein zu sollen, daß Sozialdemokratie und Anarchismus eins seien. Weder gegen zwei einander und wenn der Anarchismus in Deutschland keine Ausbreitung gewonnen, so sei das der Sozialdemokratie zu danken. Daß der Anarchismus in Deutschland überhaupt ausbleibe, sei das Verdienst der Königl. preuß. Polizei, welche die Anarchisten nicht in ihre Dienste nahm. Der Ausweitungsvorschlag habe am meisten zur Ausbreitung der Sozialdemokratie beigetragen. Die Ausgewählten seien als die bescheidensten Lehrer der Sozialdemokratie angetreten und überall als Märtyrer begrüßt worden. Die „ausgehenden“ Debatten, die man dadurch vermeiden wolle, daß man das Gesetz zu einem dauernden mache, würden widerstreben, denn keine Partei werde in jeder Session die Aufhebung des Gesetzes beantragen.

wünscht eine Aufklärung über das Vorgehen des Hamburger Senats gegen ein Gedicht, welches eine bedenkliche That eines sozialdemokratischen Arbeiters schildert und wieder sich dann gegen die dem Herron Ernst zugeschriebene Brochure „Freunde Hände in Deutschland“, welche unbegründete Verdächtigungen gegen die Angelegenheit von England enthält. Beträgt es sich, daß sich die Angelegenheit auch auf eine zwar in England geborene, aber deutsche Herkunft beziehe, so sei ein Eingreifen der Staatsverwaltung unbedingt geboten. Senator Dr. Baumgarten: Die in Hamburg beschlagnahmte sozialistische Brochure, von der Herron Ernst gesprochen habe, sei beschlagnahmt geblieben. Die Reichskommission habe die dazugehörige eingehende Besondere zurückgewiesen. Weibel: (Zudem) dankt dem Minister der Justiz für die Erklärung, daß die Sozialdemokraten nur Arbeiter vertreten, die nicht arbeiten wollten, also Hämmer und dergl. Dies werde die nächste Wahlparole sein. Die Arbeiter, welche als Stimmbieter für die Conservativen stimmten, seien noch nicht zum Selbstbewusstsein gekommen. Es sei unrichtig, daß die Sozialdemokratie die Unzufriedenheit schüre; sie habe im Gegentheil dahin gewirkt, daß die rheinischen Bergarbeiter vom Streik Abstand nahmen. Der Justiz werde nicht im Stande sein, das Gesetz besser zu handhaben als sein Vorgänger. Die Parole: „Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger“ verleihere nur den gestrigen Kaiserrot der Wahrheit. Die Sozialdemokratie gehe offen vor, dagegen verleihere die Mehrheit ihr Ziel: Protektionierung, politische Knackung. Die anarchistische Theorie sei also Theorie eines ungeheures wie jede andere Theorie. Im Mai hätte man noch etwas von sozialer Königtum, in der letzten Thronrede habe die Regierung wieder auf dem mancherlei Standpunkt. Nun mögen Sie thun, was Sie wollen; bringen Sie es dahin, daß der Säbel laut und die Klinge leucht, mit fürchten Sie sich nicht vor ihnen - aber Sie suchen sich vor uns. Am 20. Februar sprechen wir uns an der Wahlurne, dann wieder wieder hier! - Abg. Fulleborn (nathl.) begründet die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Sozialdemokratie. Letzte die Sozialdemokratie ihre letzten Ziele offen dar, so würde sie allen Boden in der Bevölkerung verlieren, deshalb bestrafe sie sich damit, auf die Bekämpfung der großen Massen zu verzichten. Darauf beziehe die Geheimniss der Erbschaft. - v. Helldorf (cont.) erklärt, daß seine Partei im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen ihre früheren Anträge mit Rücksicht auf ihre Ausblickslosigkeit nicht wieder einbringen werde. Die einzelnen Paragraphen der Vorlage werden unanverändert nach der Beschlußfassung der 2. Lesung angenommen. Die Ausweitungsbefugnis bleibt somit unberührt. Abschließend wird das Gesetz mit 169 gegen 98 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmen die Leicht-Conservativen (mit Rücksicht auf die Bekämpfung der Ausweitungsbefugnis), das Centrum, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten und die Polen. Von den Nationalen stimmen 32 Sozialdemokraten gegen das Gesetz. Einleitend wird hierauf die Allerhöchste Befehl, wonach der Reichstag zu heute Abend 6 Uhr nach dem Weihen Saale des Königl. Schloßes geladen wird, um daselbst geschlossen zu werden. Präsident v. Helldorf giebt sodann die übliche Geschäftsüberreichung. Graf Wallke sprach dem Präsidenten den Dank des Hauses für die unparteiische und fördernde Leitung der Geschäfte aus. Der Präsident begreift in diesem Danke die Präsidenten und Schriftführer ein und schließt mit dreimaligem Hoch auf den Kaiser die Sitzung.

Hotel „Fürst Bismarck“.  
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.